

**Unterrichtung
durch die Bundesregierung**

Zwischenbericht der Bundesregierung über die Evaluation der Ressortforschung

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
A. Parlamentsauftrag	1	Mit Beschluss vom 30. September 2004 (Ausschussdrucksache 15/1854 neu) hat der Haushaltsausschuss die Bundesregierung aufgefordert, die Evaluierung beschleunigt voranzutreiben und den Wissenschaftsrat bei seiner Arbeit zu unterstützen, um eine schnelle Arbeitsaufnahme der Arbeitsgruppen zu ermöglichen. Er erwartet, dass in den Ressortforschungseinrichtungen keine strukturbildenden Entscheidungen getroffen werden, die zu möglichen abschließenden Empfehlungen des Wissenschaftsrats in Widerspruch stehen könnten. Gegebenenfalls sind Wiederbesetzungssperren bei frei werdenden Stellen auszusprechen. Er fordert, in geeigneten Fällen die Anzahl der befristet besetzten Wissenschaftlerstellen schon ab 2005 zu steigern und schon jetzt verstärkt Mittel im Wettbewerb zu vergeben. Ziel der Überprüfung ist es, die Strukturen der Ressortforschungseinrichtungen in allen Ressorts zu überprüfen und zu modernisieren.
B. Evaluationsverfahren: Stand und weiteres Vorgehen	2	
I. Verfahren	2	
II. Gremien und Kriterien	3	
III. Zeitplan	4	
C. Erstellung von Forschungsprogrammen: Stand der Umsetzung	4	
Anlage 1: Fragen an die Ressorts und ihre Ressortforschungseinrichtungen	12	
Anlage 2: Mitglieder des Ausschusses Ressortforschung	22	
Anlage 3: Zeitlicher Ablauf der Evaluation der Ressortforschung des Bundes	24	
A. Parlamentsauftrag		
Am 1. September 2004 hat die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages aufgrund des Beschlusses vom 13. November 2003 (Ausschussdrucksache 15/1514) einen Zwischenbericht zur Evaluation der Ressortforschung erstattet (Ausschussdrucksache 15/1804). Anliegen dieses Berichtes war es, Auskunft über die personellen und finanziellen Ressourcen der Ressortforschungseinrichtungen, bisherige Evaluationen sowie erste daraus gezogene Schlussfolgerungen zu geben.		1. den Wissenschaftsrat auf Grundlage des Beschlusses des Haushaltsausschusses vom 13. November 2003 um eine aufgabenkritische Überprüfung der Ressortforschungseinrichtungen hinsichtlich der Notwendigkeit eigenständiger wissenschaftlicher Forschung und deren wissenschaftlichen Qualität zu bitten und dabei ihre Aufgabenstellung und Zweckbestimmung unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Erfordernisse einzubeziehen; dabei sind internationale Erfahrungen einzubeziehen und Ergebnisse bereits vollzogener Evaluationsprozesse zu würdigen; der einzusetzenden Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats sollen Ressortforschungsexperten anderer Staaten angehören, Vertreter der Bundesressorts sind angemessen zu beteiligen;

2. den Wissenschaftsrat unter Anhörung der Vertreter der Bundesressorts zu bitten, innerhalb der Forschung den besonderen Stellenwert der Ressortforschung zu definieren und herauszuarbeiten und bei ihrer Überprüfung zu berücksichtigen;
3. den Wissenschaftsrat um Vorschläge zu bitten, wie die Vergabe von Forschungsaufträgen wettbewerblich und qualitätssichernd optimiert werden kann;
4. ihm nach Vorliegen der Ergebnisse der exemplarischen Evaluierung von Ressortforschungseinrichtungen des Bundes über Konsequenzen für die Ressortforschung des Bundes und das weitere Vorgehen der Bundesregierung zu berichten; ein erster Zwischenbericht soll bis spätestens Ende 2004 erstattet werden;
5. zu veranlassen, dass alle Ressortforschungseinrichtungen in Zukunft ein Forschungsprogramm erstellen. Die Forschungsprogramme sollen darüber Aufschluss geben, welche Themen die jeweiligen Einrichtungen in den kommenden Jahren mit welchen Finanzmitteln beforscht; über den Stand der Umsetzung ist unter Berücksichtigung der gemeinsamen Politikziele im Rahmen des Zwischenberichts zur Ressortforschung bis spätestens Ende 2004 sowie im Rahmen des Berichts nach Abschluss der exemplarischen Evaluierung zu informieren;
6. gegenüber den Ländern die gebotene Überprüfung durch den Wissenschaftsrat in analoger Weise anzuregen.

Im Rahmen dieses Berichtes werden der bisherige Stand und das weitere Verfahren der Evaluation der Ressortforschung sowie die Sachlage bei der Erstellung von Forschungsplanungen in den Ressortforschungseinrichtungen erläutert.

B. Evaluationsverfahren: Stand und weiteres Vorgehen

Mit Schreiben vom 7. Mai 2004 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates gebeten,

- eine exemplarische, aufgabenkritische Evaluation der Ressortforschung durchzuführen;
- hierbei die Besonderheiten der Bundesressorts sowie die unterschiedlichen Aufgabenstellungen und Zweckbestimmungen der einzelnen Einrichtungen im Wechselspiel von Forschung, Politikberatung und Sachaufgaben angemessen zu berücksichtigen;
- die Bundesressorts in angemessener Form zu beteiligen und aktiv in den Evaluationsprozess einzubinden sowie
- internationale Erfahrungen – unter anderem von Ressortforschungsexperten anderer Länder – und Ergebnisse bereits vollzogener Evaluationen in den Prozess mit einzubinden.

In seiner Sitzung vom 26. bis 28. Mai 2004 hat der Wissenschaftsrat die Bitte der Bundesregierung, die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes zu evaluieren, ausdrücklich begrüßt. Der Wissenschaftsrat hat die Evaluation der Ressortforschungseinrichtungen des Bundes in sein am 16. Juli 2004 verabschiedetes Arbeitsprogramm aufgenommen. Die Evaluation der Ressortforschung soll dazu beitragen, dort wo erforderlich, die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes zu modernisieren, Wettbewerbs-elemente in der Ressortforschung zu stärken, die Qualität und Effizienz der Arbeit der Ressortforschungseinrichtungen zu steigern und somit die effiziente und zielgenaue Erfüllung der Ressortaufgaben zu verbessern.

I. Verfahren

Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit Evaluationen hat der Wissenschaftsrat für die Evaluation der Ressortforschung zunächst ein mehrstufiges Verfahren erarbeitet, das im Einzelnen umfasst:

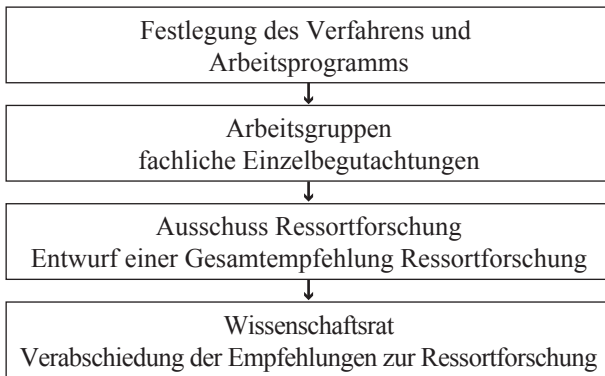
- Strukturierung und Aufgabenbeschreibung der Evaluationsgremien,
- Definition von Verfahren und Kriterien für die Auswahl der zu begehenden Einrichtungen sowie für die eigentliche Evaluation,
- Erhebung und Auswertung von Einzeldaten aller Ressortforschungseinrichtungen anhand eines umfassenden Fragebogens (Muster siehe Anlage 1),
- Einzelbegehungen ausgewählter Einrichtungen,
- Anhörungen ausgewählter Einrichtungen und Ressorts,
- Sichtung vorhandener Evaluationen sowie
- Erarbeitung einer Empfehlung für eine Systemevaluation der Ressortforschung auf Grundlage der mit den genannten Methoden gewonnenen Ergebnisse.

Durch die Verknüpfung der verschiedenen Evaluierungselemente wird sichergestellt, dass eine Systemevaluation der Ressortforschung geleistet werden kann.

Eine zentrale Rolle im Evaluationsprozess spielt der vom Wissenschaftsrat einberufene Ausschuss Ressortforschung (siehe im Einzelnen II.), der im Prozess der Erstellung der Gesamtempfehlungen des Wissenschaftsrates die Aufgabe eines Steuerungs- und Koordinierungsgremiums übernimmt. Für die Einzelbegehungen und Einzelbefragungen wird weiterer externer Sachverstand im Rahmen von speziellen Arbeitsgruppen eingebunden (siehe im Einzelnen II.).

Das Verfahren der Evaluation der Ressortforschung verdeutlicht die nebenstehende Übersicht.

Dieses Verfahren hat der Generalsekretär des Wissenschaftsrates in einer Besprechung am 24. September 2004 ausführlich den Ministerien erläutert sowie in einem Gespräch am 25. November 2004 Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgestellt.



II. Gremien und Kriterien

Der vom Wissenschaftsrat eingesetzte Ausschuss Ressortforschung bildet die Struktur des Wissenschaftsrates ab. In ihm wirken Mitglieder des Wissenschaftsrates und Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Bundesregierung, der Länder sowie internationale Experten mit. Sie bringen neben dem exzellenten fachlichen Hintergrund Expertise zu Evaluationen sowie Verwaltungserfahrung ein. Der Ausschuss wird durch Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Günter Stock, Mitglied des Wissenschaftsrates und Mitglied des Vorstandes der Schering AG, geleitet. Die Mitglieder des Ausschusses Ressortforschung sind der Anlage 2 zu entnehmen.

Der Ausschuss Ressortforschung trat am 13. Oktober 2004 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In dieser Sitzung hat er zum einen Kriterien für die Auswahl

der zu evaluierenden Einrichtungen festgelegt. Diese Kriterien sind:

- repräsentative Abbildung des breiten Aufgabenspektrums der Ressortforschungseinrichtungen, wobei hierzu Forschung für das federführende Ressort und/oder für andere, Beratungsaufgaben, Informationsdienstleistungen, Projektträgeraufgaben gehören können;
- Größe der Einrichtung und Beachtung unterschiedlicher Rechtsformen und Trägerschaften;
- Beachtung der Einbindung der Einrichtungen in gesellschaftliche Kontroverse und ihrer Staatsnähe bzw. Staatsferne;
- Berücksichtigung aktueller Evaluationen;
- Einbindung in europäische und internationale Netzwerke.

Zum anderen hat sich der Ausschuss Ressortforschung in seiner konstituierenden Sitzung auf der Grundlage der genannten Kriterien auf folgende 13 Ressortforschungseinrichtungen für eine Einzelbegutachtung und -begehung in den Jahren 2005/2006 verständigt (siehe Tabelle unten).

Die Ressorts wurden vom BMBF in einer Ressortbesprechung am 19. Oktober 2004 über diese Auswahl in Kenntnis gesetzt und werden auch im weiteren Prozess zeitnah informiert.

Für die fachliche Begutachtung der zu evaluierenden Einrichtungen setzt der Ausschuss Ressortforschung Arbeitsgruppen ein. Jeder Arbeitsgruppe wird ein Ausschussmitglied vorsitzen. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen erfolgt wie auch beim Ausschuss Ressortforschung in

Einrichtung	Zuständiges Ressort
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)	Bundeskanzleramt
Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp)	Bundesministerium des Inneren
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), Berlin Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), Dortmund	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr, München (InstMikroBioBw) Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien – ABC-Schutz (WIS), Münster Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Potsdam	Bundesministerium der Verteidigung
Deutscher Wetterdienst (DWD), Offenbach Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Umweltbundesamt (UBA), Berlin Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Salzgitter	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE), Bonn	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Anlehnung an die Struktur des Wissenschaftsrates. In den Arbeitsgruppen sollen darüber hinaus Experten mit speziellem fachlichen Hintergrund für die jeweilige Einrichtung mitwirken. Vertreter der Ressorts, deren Einrichtungen von einer Einzelevaluation betroffen sind, erhalten Gaststatus in den Arbeitsgruppen.

Im Rahmen der Begehung der einzelnen Ressortforschungseinrichtungen durch die Arbeitsgruppen werden auch Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Leitungen der Einrichtungen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden in die Bewertung einfließen.

Die durch die einzelnen Arbeitsgruppen zu erstellenden fachlichen Bewertungsberichte werden an den Ausschuss Ressortforschung weitergeleitet, sie sind im Folgenden nicht mehr veränderbar.

Die Ergebnisse der Fragebögen und der Anhörungen bilden zusammen mit den Berichten der Arbeitsgruppen die Grundlage für die Gesamtempfehlung zur Evaluation der Ressortforschung. Außerdem werden Ergebnisse bereits durchgeführter Evaluationen Berücksichtigung finden. Der Wissenschaftsrat formuliert und verabschiedet im November 2006 die abschließenden Empfehlungen zur Ressortforschung.

III. Zeitplan und weiteres Vorgehen

Wesentliche vorbereitende Arbeiten für die Evaluation (Einsetzung der Arbeitsgruppen, Definition von Verfahren und Kriterien) werden bis zum Februar 2005 abgeschlossen sein.

Parallel erfolgt über die Fragebögen die Daten- und Informationserhebung sowie die Einleitung und Vorbereitung der ersten fünf bis sieben Einzelevaluationen im Zeitraum März bis Juli 2005. Erste Begehungen werden im Frühsommer 2005 erfolgen. Die Begehung der restlichen Einrichtungen erfolgt im Zeitraum September 2005 bis März 2006.

Der Wissenschaftsrat wird einen Zwischenbericht vorlegen, der im August 2005 dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zugeleitet wird.

Die Gesamtempfehlung zur Evaluation der Ressortforschung wird der Wissenschaftsrat voraussichtlich im November 2006 vorlegen. Dem Deutschen Bundestag wird Ende 2006 der Abschlussbericht übersandt.

Ein detaillierter Zeitplan ist in Anlage 3 beigefügt.

C. Erstellung von Forschungsprogrammen: Stand der Umsetzung

Die Programmatik für die Ressortforschungseinrichtungen wird in den einzelnen Ressorts auf unterschiedliche Weise festgelegt. Es werden zum einen sowohl kurz- wie mittelfristig angelegte Forschungspläne als auch Forschungsrahmenkonzepte als Arbeitsgrundlage erstellt. Zum anderen wird das Programm einzelner Einrichtungen aus dem gesetzlichen Auftrag der Einrichtung abge-

leitet und durch die Aufgaben des Ressorts bestimmt. Auch die Auswahl der bei der Konzeption der Programme beteiligten Gremien variiert. So werden beispielsweise Beiräte, Kuratorien, Forschungsausschüsse oder Arbeitsgruppen einbezogen.

Auswärtiges Amt (AA)

Für das **Deutsche Archäologische Institut (DAI)** gibt es kein Forschungsprogramm, das die gesamte Einrichtung (Haushaltsansatz 2004: 21,384 Mio. Euro) umfasst, da die verschiedenen Abteilungen/Kommissionen entsprechend ihrer Spezialisierung nach kulturellen und geographischen Gesichtspunkten in unterschiedlichen Forschungsbereichen tätig sind. Vernetzungen entstehen im Aufgabenbereich des DAI durch übergreifende Fragestellungen, wie z. B. im Forschungsprogramm „Interdisziplinäre Stadt- und Siedlungsforschung“. Hier werden unter Leitung der Zentralkommission des DAI in Ägypten, Syrien, Türkei, Griechenland und Italien Grabungen durchgeführt. Es handelt sich bei den interdisziplinär angelegten Grabungsvorhaben um Schwerpunktaufgaben des DAI, in denen Grundfragen des menschlichen Siedelverhaltens auf dem Weg vom Dorf zur Stadt unter Berücksichtigung sozialer Entwicklungen und der Wechselwirkung zwischen Mensch und Umwelt untersucht werden. Dieses Programm hat einen mehrjährigen Ansatz und ist mit 1 Mio. Euro ausgestattet. Im Zuge der Umsetzung der Empfehlungen der 2004 durchgeführten Organisationsberatung durch das Auswärtige Amt beabsichtigt das DAI, zur Schärfung seines Forschungsprofils ab 2005 einen jährlichen Forschungsplan aufzustellen.

Bundeskanzleramt (BK)

Die **Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit** erstellt seit 1980 ein für jeweils zwei Jahre gültiges Forschungsrahmenkonzept, den vom Stiftungsrat¹ zu billigenden Orientierungsrahmen. Die Schwerpunktthemen des laufenden Orientierungsrahmens 2003/2004 sind: Europäische Union, Euroatlantische Sicherheit, die Vereinigten Staaten, Russland und die neuen Unabhängigen Staaten (NUS), außereuropäische Akteure und Konfliktregionen, globale Herausforderungen und Institutionen. Für die SWP waren im Bundeshaushalt 2003 und 2004 Mittel in Höhe von jeweils 9,8 Mio. Euro veranschlagt. Das Forschungsprogramm ist weitgehend abgeschlossen (Ende der Laufzeit: 31. Dezember 2004). Die SWP-Institutsleitung hat dem Stiftungsrat am 24. November 2004 den Orientierungsrahmen 2005/2006 vorgelegt. Dieser berücksichtigt die Ergebnisse der 2003 durchgeführten externen Evaluierung des Forschungsbereichs und stellt stärker als bisher auf forschungsgruppenübergreifende Aktivitäten ab. Forschungsschwerpunkte werden sein: Europäische Union und Europa, transatlantische Bezie-

¹ Der Stiftungsrat ist das oberste Steuerungsgremium der SWP. Er setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Bundestages, Vertretern der Bundesregierung sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichem Leben.

hungen und die Beziehungen zu Regionalmächten sowie globale und regionale Ordnungspolitik.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Die Ressortforschung in den Einrichtungen des BMU (**Umweltbundesamt, Bundesamt für Naturschutz, Bundesamt für Strahlenschutz**) wird durch die Prioritäten und Zielsetzungen der Umweltpolitik bestimmt (aufgabengebundene Forschung). Sie liefert Entscheidungsgrundlagen und -hilfen für die Vorbereitung, Überprüfung, Weiterentwicklung und Umsetzung umweltrechtlicher Regelungen sowie umweltpolitischer Konzeptionen. Im Umweltforschungsplan (UFOPLAN) werden jährlich die im Rahmen der Ressortforschung vorgesehenen Vorhaben dargestellt. Schwerpunkte des UFOPLAN sind umweltpolitische Grundsatzfragen, übergreifende Fragen des Umweltschutzes, Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Energie und Umwelt, Luftreinhaltung, Anlagensicherheit, Lärmschutz, Lärmbekämpfung, Umweltwirkungen auf die menschliche Gesundheit und Ökosysteme, Chemikaliensicherheit, Bodenschutz, Altlastensanierung, Naturschutz, Untersuchungen zur Reaktorsicherheit insbesondere auch im Hinblick auf den Ausstieg aus der Atomenergie sowie Untersuchungen zu Fragen des Strahlenschutzes. Der UFOPLAN ist im Jahr 2004 für Vorhaben im Bereich der Ressortforschung mit 58 Mio. Euro ausgestattet. Der UFOPLAN 2005 ist in der Abteilungsleiterbesprechung des BMU am 9. November 2004 erörtert und vom Bundesminister gebilligt worden. Das Interessentenermittlungsverfahren wurde eingeleitet. Der UFOPLAN 2005 wird in der BMU-Hausschrift „Umwelt“ sowie auf der Homepage des BMU im Internet veröffentlicht.

Bundesministerium für Verteidigung (BMVg)

Die Programmatik des BMVg für seine Ressortforschungseinrichtungen ergibt sich aus den Aufgaben, die die einzelnen Institute, Ämter und Anstalten wahrnehmen. Dies sind:

Institut für Radiobiologie der Bundeswehr (InstRadBioBw)

Das Programm des InstRadBioBw dient der Vorbeugung, Erkennung, Behandlung und Epidemiologie von Gesundheitsstörungen durch A-Exposition bzw. von Wirkungen durch nichtionisierende Strahlen. Schwerpunkte sind die Entwicklung und Validierung biologischer Indikatoren zum Nachweis von Schäden durch Strahlung unterschiedlicher Genese, die Forschung zu biologischen Mechanismen des Strahlenschadens, die Diagnose und Therapie strahleninduzierter Hautschäden und die Pflege und Auswertung einer radioepidemiologischen Datenbank zu weltweiten Strahlenunfällen. Für die Realisierung stehen im Jahr 2004 1,3 Mio. Euro zur Verfügung.

Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr (InstMikroBioBw)

Im InstMikroBioBw wird Forschung in den Bereichen Epidemiologie, Seuchenmanagement, Pathomechanismen, Vorbeugung, Erkennung und Behandlung von Gesundheitsstörungen durch B-Kampfstoffe betrieben. Schwerpunkte sind die Entwicklung von Schnelldiagnostikkits, immunologische und PCR-Verfahren zum Nachweis von B-Agentien. und infektionsepidemiologische Verifikationsverfahren von B-Agentien. Dafür stehen 2,4 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.

Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Bundeswehr (InstPharmToxBw)

Forschung zu Pathomechanismen, Vorbeugung, Erkennung, Behandlung und Epidemiologie von Gesundheitsstörungen durch C-Kampfstoffe ist Aufgabe des InstPharmToxBw. Im Zentrum der Arbeit stehen: Die Entwicklung von Methoden zur Diagnostik von Vergiftungen mit chemischen Kampfstoffen und zur Verifikation einer Exposition; die Entwicklung und Optimierung therapeutischer Verfahren bei Vergiftungen mit phosphororganischen Insektiziden und Nervenkampfstoffen sowie die pathophysiologische Untersuchungen zur Entwicklung therapeutischer Maßnahmen bei Haut- und Lungenschäden durch Hautkampfstoffe. Im Jahr 2004 stehen 1,9 Mio. Euro für die Bearbeitung zur Verfügung.

Institut für medizinischen Arbeits- und Umweltschutz der Bundeswehr (InstMedArbUmwSchBw)

Ab 1. März 2005 wird im InstMedArbUmwSchBw ein Vorhaben zur Erfassung und Bewertung besonderer umwelt- und arbeitsbedingter Gesundheitsrisiken bei militärischem Personal im Auslandseinsatz begonnen. Die Laufzeit wird drei Jahre betragen. Schwerpunkte sind Umwelteinflüsse und deren mögliche Kurz-/Langzeitfolgen auf die Gesundheit/Leistungsfähigkeit der Truppe. Seit Oktober 2004 steht darüber hinaus die Aufklärung ungewöhnlicher Erkrankungen und Todesfälle in Verbindung mit arbeits- und umweltbedingten Belastungen in der Bundeswehr im Mittelpunkt der Arbeit des Instituts. Derzeit werden ca. 1 300 Meldefälle bei radarstrahlenexponierten Angehörigen der Bundeswehr ausgewertet, die Laufzeit beträgt zwei Jahre. Im Jahr 2004 stehen 1,1 Mio. Euro zur Verfügung.

Sportmedizinisches Institut der Bundeswehr (SportMedInst Bw)

Im Adipositasinterventionsprogramm der Bundeswehr (Laufzeit 1. Februar 2002 bis 31. Dezember 2005) stehen sport- und ernährungsmedizinische Fragen im Mittelpunkt. Außerdem wird im Bereich Sportmedizin eine Verletzungsursachenstatistik erarbeitet und die Prävention von Verletzungen bei der Sportausbildung erforscht. Des Weiteren werden kardiovaskuläre Risikofaktoren und Herzfrequenzvariabilität bei Soldaten im Alter von über 40 Jahre untersucht. 0,1 Mio. Euro stehen dem SportMedInstBw im Jahr 2004 für die genannten Aufgaben zur Verfügung.

Flugmedizinisches Institut der Luftwaffe (FlgMedInstLw)

Im FlgMedInstLw wird Forschung auf luft- und raumfahrtmedizinischem, flugphysiologischem, ergonomischem, flugunfallmedizinischem und flugpsychologischem Gebiet betrieben. Schwerpunkte sind Forschungen zur Beschleunigungsphysiologie sowie Höhen- und Klimaphysiologie und nichtinvasive cardiovaskuläre Risikostratifizierung bei Lfz-Führern der Bundeswehr. Im Jahr 2004 stehen für die Aufgabenwahrnehmung 1,4 Mio. Euro zur Verfügung.

Schifffahrtsmedizinisches Institut der Marine (SchiffMedInstM)

Im SchiffMedInstM werden derzeit drei Programme durchgeführt, für die insgesamt 0,305 Mio. Euro zur Verfügung stehen:

- Der Nachweis hydroxylierter Benzoate im Urin bei Tauchern und Kampfschwimmern mit dem Schwerpunkt „Oxidativer Stress bei Hyperoxie“ soll der Entwicklung von neuen Biomarkern dienen. Dieses Programm startete im Oktober 2003 mit einer Laufzeit von drei Jahren.
- Der Einfluss von Überdruck und Hyperoxie auf die cerebrale Autoregulation bei körperlicher Belastung mit dem Schwerpunkt „Auswirkung von Hyperoxie auf die cerebro-vasculäre Steuerung unter Einsatz spektralanalytischer Auswerteverfahren“ soll die Möglichkeit eines erhöhten Risikos hyperoxischer Krämpfe bei körperlicher Belastung (Tauchen, Kampfschwimmen) erforschen. Das Programm begann im Juni 2004 und wird drei Jahre laufen.
- Prävention und Bewegung an Bord mit dem Schwerpunkt Adipositasprävention bei Bordfahrern in Kombination mit der Entwicklung spezieller Bewegungsprogramme für Schiffe und Boote ist das dritte Programm. Projektbeginn war Februar 2002.

Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik (FWG)

In der FWG werden im Bereich der Sonarabwehr, Verfahren für die Torpedabwehr, der Minenjagdsonar, Wasserschallmodelle, Ozeanographie, maritime Geophysik und Schutz der Meeressäuger kontinuierlich Forschungsvorhaben bearbeitet. Insgesamt stehen nach Kürzung von Sachmittelzuweisungen im Jahr 2004 Haushaltsmittel in Höhe von 8,1 Mio. Euro zur Verfügung.

Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologie – ABC-Schutz (WIS)

Schutz gegen die Wirkung nuklearer Waffen, gegen biologische Waffen und Umwelteinflüsse, chemische Waffen und Umwelteinflüsse, Brandschutztechnik, Strahlenwaffen sowie gegen Mikrowellenwaffen/EME-Schutz bestimmen die laufende Forschung im WIS. Dafür stehen anteilig an den Gesamtausgaben der Dienststelle 6,45 Mio. Euro 2004 zur Verfügung.

Wehrwissenschaftliches Institut für Werk-, explosiv- und Betriebsstoffe (WIWEB)

Schwerpunkte der Arbeiten im WIWEB sind die Beurteilung von Werkstoffen, Werkstoffoberflächen, Werkstoffverbindungen und Bauteilen, von Betriebsstoffen (Kraftstoffe, Öle, Fette) für den wehrtechnischen Einsatz, die Sicherheit und Leistung aller militärischen Explosivstoffe (Spreng- und Treibstoffe, Zünd- und Anzündstoffe sowie pyrotechnische Stoffe), textile Tarnung und Ausrüstung der Soldaten einschließlich Tragekomfort, die Produktsicherheit unter dem Aspekt Arbeits- und Umweltschutz. Die anteiligen Kosten für Forschungsaufgaben an den Gesamtausgaben der Dienststellen belaufen sich 2004 auf 5,5 Mio. Euro.

Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA)

Das BMVg hat 1999 eine mittelfristige Forschungsweisung erlassen, die die Grundlinien der Forschung des MGFA bis 2009 festschreibt. Eine Fortschreibung unter Beteiligung des Wissenschaftlichen Beirats wird fristgerecht eingeleitet. Vier Schwerpunkte sind langfristig verankert. Das 1978 begonnene Forschungsprojekt „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ hat eine Laufzeit bis 2007. Die Studien zum Aufbau der Bundeswehr (Laufzeit 1995 bis 2006) im Rahmen der Forschungen zur Militärgeschichte der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis untersuchen Teilprobleme des Aufbaus der Bundeswehr im Rahmen von Monographien. Seit Januar 2000 wird die Geschichte der Teilstreitkräfte der Bundeswehr bis Oktober 2005 beforscht. Die Ergebnisse werden 2005 in drei Bänden publiziert werden. Die Studien zur Militärgeschichte der DDR starteten im Januar 2000. Zwei Studien wurden im Jahr 2004 fertig gestellt, weitere fünf folgen bis 2007. Das MGFA stellt ein breites Informationsangebot der historischen Bildung zur Verfügung, das auf Ergebnisse der Grundlagenforschung zurückgreift. Das MGFA ist mit 4 Mio. Euro für die Forschungsanteile ausgestattet.

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SWInstBw)

Ein Schwerpunkt des SWInstBw für den Zeitraum 2002 bis 2006 ist die Integration von Frauen in die Bundeswehr. Im Zentrum stehen Meinungs- und Einstellungsbilder männlicher und weiblicher Soldaten im Prozess der Integration von Frauen in die Bundeswehr. Bisherige Ergebnisse wurden in einem Gutachten vorgelegt sowie in den SOWI-Berichten 69, 71, 76 veröffentlicht. Für das Programm stehen im Jahr 2004 0,47 Mio. Euro zur Verfügung.

Das Projekt Sozialwissenschaftliche Begleitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr (Laufzeit: 2003 bis 2008) analysiert die Auslandseinsätze der Bundeswehr unter sozialwissenschaftlicher Fragestellung. Das Projekt ist als Langzeitprojekt mit mehreren Teilprojekten angelegt und untersucht u. a. Einsatzmotivation, soldatisches Selbstverständnis, Belastung der Soldatenfamilien und interkul-

turelle Kompetenz. Das Programm ist im Jahr 2004 mit 0,220 Mio. Euro ausgestattet.

Das Thema Einstellungen und Meinungen in der Bevölkerung wird darüber hinaus am SWInstBW beforscht. Seit 1996 werden jährlich Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. Mittels einer repräsentativen Befragung erhebt das SOWI jährlich Einstellungen und Meinungen der deutschen Bevölkerung zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zu aktuellen Streitkräftefragen. Dafür werden 0,148 Mio. Euro aufgewendet².

Die Mittelausstattung des SWInstBw (2,03 Mio. Euro) deckt alle Ausgaben ab, die durch die weiteren Aufgaben der Politikberatung und Information der Streitkräfte entstehen (Gutachten, Grundlagenarbeit, Lehr- und Lernmaterialien, etc.).

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr (AGeoBw)

Die konsistente Datenmodellierung und die Nutzung von Radardaten für die GeoInfo-Datengewinnung beschreiben die Programmatik des AGeoBw. Dabei steht einerseits die Entwicklung eines effizienten Geo-Datenmanagements zur Speicherung und flexiblen Verwaltung massenhafter Vektordaten sowie zum konsistenten und qualitätsgeprüften Datenaustausch im Focus (Projektvolumen bis 2006: 0,85 Mio. Euro). Andererseits werden neue Verfahren entwickelt, um hochauflösende Radardaten für die wetterunabhängige GeoInfo-Datengewinnung in Gebieten unterschiedlicher Topographie sowie klimatischer Bedingungen zu gewinnen. 1,7 Mio. Euro sind hierfür bis 2006 eingeplant.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)

Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB)

Der spezifische staatliche Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) ist es, eine international akzeptierte leistungsfähige messtechnische Infrastruktur für Gesellschaft, Wirtschaft und Handel bereitzustellen. Im Einzelnen sind der PTB ca. 60 gesetzliche Aufgaben übertragen, davon 50 mit ausschließlicher Zuständigkeit. Das Forschungsprogramm der PTB gliedert sich in vier Arbeitsgebiete auf: Forschung und Entwicklung (FuE) im Geschäftsbereich „Grundlagen der Metrologie“, FuE im Geschäftsbereich „Metrologie für die Wirtschaft“, FuE im Geschäftsbereich „Metrologie für die Gesellschaft“, FuE im Geschäftsbereich „Internationale Angelegenheiten“. Bei der Festlegung des Forschungsprogramms wird die PTB von einem Kuratorium beraten, das sich aus Fachexperten der Wissenschaft, Forschung und Industrie zusammensetzt. Für das Forschungsprogramm der PTB stehen im Jahr 2004 75 Mio. Euro zur Verfügung (ent-

spricht einem FuE-Anteil von 63 Prozent an den Gesamtaufwendungen der PTB).

Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM)

Sicherheit und Zuverlässigkeit in Chemie- und Materialtechnik ist die Leitlinie der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM). Hierzu werden Projekte in den Schwerpunktbereichen Analytische Chemie, öffentliche technische Sicherheit, Umweltverträglichkeit, Werkstofftechnik und technisch-wissenschaftliche Querschnittsfunktionen bearbeitet. Neue Projekte werden zunächst einer Eingangsbewertung unterzogen, laufende Projekte werden regelmäßig im Rahmen einer Projektbewertung überprüft. Das aktuell diskutierte Forschungsprogramm hat voraussichtlich eine Laufzeit von 07/2005 bis 06/2007. Bei der Festlegung der Forschungsthemen wird die BAM von einem Kuratorium beraten, das sich – wie bei der PTB – aus Fachexperten der Wissenschaft, Forschung und Industrie zusammensetzt. Das jährliche Finanzvolumen, das in der BAM für FuE eingesetzt wird, beträgt ca. 65 Mio. Euro (inkl. ca. 11 Mio. Euro Drittmittel). Für das erste Halbjahr 2004 wurde ein Anteil der FuE an den projektbezogenen Tätigkeiten von 57 Prozent ermittelt.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) betreibt geowissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten (FuE) zur Beratung der Bundesministerien, anderer staatlicher Institutionen und der deutschen Wirtschaft. Grundlage für die FuE-Arbeiten der BGR ist das Forschungskonzept BGR 2000, das fortlaufend in einem zweijährigen Forschungs- und Entwicklungsplan konkretisiert wird (aktuell für die Jahre 2004 bis 2005). Er umfasst folgende FuE-Vorhaben: Geotechnische Sicherheit/Endlagerung, Nationale Seismologische Datenzentrum, Wasser, Energierohstoffe, Boden, Mineralische Rohstoffe, Erkundung der Meere und Polarregionen, Geo-Umwelt- und Ressourcenschutz; Geologische Schadensrisiken; Klimaentwicklung (Sonderthema). Alle Forschungsprojekte werden von einem abteilungsübergreifenden Forschungsausschuss der BGR bewertet. Der Forschungsplan wird dem Kuratorium der BGR vorgelegt. Das Kuratorium diskutiert die Forschungsplanung der BGR und spricht Empfehlungen aus, die von der Leitung der BGR aufgegriffen werden. Ein komprimierter Überblick über laufende und geplante FuE-Arbeiten wird zudem im jährlich aktualisierten Programmbudget der BGR gegeben. Im Jahr 2003 betrug der Ressourceneinsatz der BGR für FuE-Arbeiten 27,5 Mio. Euro, was 41 Prozent projektbezogener Tätigkeit am gesamten Ressourcenverzehr entspricht.

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BauA)

Als wissenschaftliche Fachbehörde des Bundes unterstützt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) das Bundesministerium für Wirtschaft und

² Sich jährlich wiederholende Kosten; darin enthalten sind 0,1 Mio. Euro für die Durchführung der Befragung durch ein kommerzielles Meinungsforschungsinstitut.

Arbeit (BMWA) in allen Fragen von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit. Die Forschungsaktivitäten der BAuA erfolgen auf der Grundlage eines vierjährigen Arbeitsprogramms (Programmforschung), das durch jährliche Arbeits- und Forschungspläne konkretisiert wird. Die Projekte sind den nachfolgend genannten acht Schwerpunkten des BAuA-Arbeitsprogramms für die Jahre 2002 bis 2005 zugeordnet: Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel, Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren, Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken, sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik, Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe, Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen, Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke.

Bei der Festlegung der Programminhalte, Handlungsfelder und konkreten Forschungsthemen wird die BAuA von einem Beirat beraten, der sich aus Fachexperten der Länder, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zusammensetzt. Der Anteil zur Realisierung des o. g. Forschungsprogramms umfasst bei der BAuA ca. 25 Prozent der Fachaufgaben. Somit entfallen bei einem Gesamthaushalt im Jahr 2004 von knapp 44 Mio. Euro auf die Planung und Realisierung des Forschungsprogramms ca. 11 Mio. Euro. Hierbei ist die Möglichkeit der Vergabe von Forschungsprojekten an Dritte einbezogen. Dadurch ist die BAuA in der Lage, spezifisches Fachwissen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen ergänzend zu nutzen. Für die wettbewerbliche Vergabe von Forschungs- und Forschungsanwendungsprojekten stehen der BAuA 4,44 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2004 zur Verfügung.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS, Frankfurt a. M.)

Das ISS versteht sich als wissenschaftliche Serviceeinrichtung, die den Transfer zwischen Forschung und Praxis fördern will. Da hier insofern weniger Forschung im üblichen Sinne betrieben wird, findet auch keine Forschungsplanung statt. Vielmehr werden für thematische Aufgaben und Schwerpunkte relevante Forschungsergebnisse und -erkenntnisse zusammengestellt, analysiert und aufbereitet. Thematische Schwerpunkte im Jahr 2004 waren: Auswirkungen der Hartz-Gesetzgebung auf die soziale Arbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Demographischer Wandel und Finanzierung sozialer Dienstleistung, zivilgesellschaftliche Entwicklung. Die Dauer der Arbeitsschwerpunkte ist auf ein Jahr festgelegt und wird bei Bedarf jeweils um ein weiteres Jahr verlängert. Das ISS finanziert sich aus der institutionellen Förderung des Bundes (BMFSFJ), einer Förderung des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt e. V. sowie Leistungsentgelten aus

Drittmittelaufträgen. Die institutionelle Förderung des ISS beläuft sich im Jahr 2004 auf 1,25 Mio. Euro.

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Das DJI ist ein außeruniversitäres, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut im Spannungsfeld von Forschung, Politik und Praxis. Es untersucht in Forschungsprojekten die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Familien und bietet der Politik sowie der Praxis der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe auf wissenschaftlicher Grundlage Beratung und Dienstleistungen an. Die Forschungsvorhaben des DJI orientieren sich an der Mittelfristige Forschungsplanung (MiFriFo), die jeweils für fünf Jahre beschlossen wird. Das DJI befindet sich im letzten Jahr des MiFriFo 2001 bis 2005 und trifft derzeit Vorbereitungen zur Erarbeitung des Mittelfristigen Forschungsprogramms 2006 bis 2010. Die Mittelfristige Planung wird in der jährlichen Forschungsplanung umgesetzt. Der jährliche Forschungsplan wird dem Kuratorium zur Beschlussfassung vorgelegt, nachdem der Wissenschaftliche Beirat seine Stellungnahme abgegeben hat. Die Mitgliederversammlung erhält den Forschungsplan zur Kenntnis. Am 30. November 2004 wurde der Forschungsplan 2005 vom Kuratorium beschlossen. Das DJI finanziert sich aus der institutionellen Förderung und durch Drittmittel. An der institutionellen Förderung (2004: 8,9 Mio. Euro) sind der Bund mit 95 Prozent und die Länder mit 5 Prozent beteiligt.

Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)

Das DZA hat satzungsgemäß die Aufgabe, zum Zwecke einer wissenschaftlich unabhängigen Politikberatung Erkenntnisse über die Lebenslagen alternder und alter Menschen zu erweitern, zu sammeln, auszuwerten, aufzubereiten und zu verbreiten. Drei Aufgabenbereiche stehen im Mittelpunkt: Politikorientierte angewandte Forschung, Information und Dokumentation, Politikberatung. Im Jahr 2005 wird ein mittelfristiger Forschungsplan aufgestellt. Die mittelfristige Forschungsplanung wird im Rahmen der jährlichen Forschungs- und Arbeitsplanung in ein Arbeitsprogramm des DZA umgesetzt. Der vorläufige Forschungs- und Arbeitsplan 2005/2006 liegt dem Beirat zur Stellungnahme vor und wird der im Januar 2005 stattfindenden Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Das DZA finanziert sich aus der institutionellen Förderung des BMFSFJ und durch Drittmittel. Im Jahr 2004 stehen dem DZA für die Wahrnehmung seiner Aufgaben 0,862 Mio. Euro institutionelle Förderung zur Verfügung.

Bundesministerium des Inneren (BMI)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Das BiB verfügt über ein Forschungsprogramm mit einem Planungszeitraum von einem Jahr. Die Dauer der Einzelprojekte ist unterschiedlich. Schwerpunkte des Programms sind die Bevölkerungsforschung, Familienforschung und Altersforschung. Im Jahr 2004 verfügte das BiB über Finanzmittel von insgesamt 2,099 Mio. Euro.

Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp)

Derzeit läuft das dritte Schwerpunktprogramm der sportwissenschaftlichen Forschung. Präzisierungen des dritten Schwerpunktprogramms wurden 1994 durch das „Programm zur Förderung der Forschung im Nachwuchssport“ und 1997 durch das Förderprogramm „Leistungssport“ vorgenommen. Alle Programme werden kontinuierlich durch die Beratungsergebnisse des Koordinierungsausschusses und der Fachbeiräte des BISp aktualisiert. Im Haushaltsjahr 2004 wurden für die Forschungsförderung des Programms 1,924 Mio. Euro bereitgestellt. Einen weiteren Schwerpunkt der Forschungsförderung des BISp bildet die Unterstützung der Dopinganalytik und -forschung, wofür 0,8 Mio. Euro im Haushalt 2004 angesetzt sind.

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS)

Die Ressortforschung des BMGS orientiert sich an den Aufgaben des Ressorts: Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit des Individuums, Grundsicherung des Lebensstandards und Absicherung der Risiken Krankheit, Alter und Pflege. Hierzu wurde im Januar 2004 ein „Rahmenplan Ressortforschung des BMGS“ entwickelt. Die vier Bundeseinrichtungen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und Robert Koch Institut (RKI) im Geschäftsbereich des BMGS forschen auf diesen Aufgabengebieten und nehmen hoheitliche Aufgaben wahr. Bei allen Instituten ist ein Wissenschaftlicher Beirat berufen, dessen Vorsitzende gleichzeitig Mitglieder im Gemeinsamen Wissenschaftlichen Beirat des BMGS sind. Im Einzelnen nehmen die Einrichtungen folgende Aufgaben wahr:

Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)

Die Ressortforschung im BfArM ist aufgrund der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat (WR) im Umbruch; ein Forschungsrat wurde gebildet. Durch die geplante Intensivierung der Forschung soll die Leistungsfähigkeit gesteigert und die Effizienz bei der Durchführung hoheitlicher Aufgaben verbessert werden. Im Rahmen des Forschungskonzeptes (Zeitraum 2004 bis 2009) „Wirkungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten“ werden die Schwerpunkte Erregungsleitung, Entzündung, Zelldysfunktion und neue Prüfmethode, Epidemiologie und Biometrie, Klinische Forschung gefördert. Im Jahr 2004 stehen insgesamt 1,7 Mio. Euro für die Realisierung des Forschungskonzeptes zur Verfügung, der Gesamtansatz für das BfArM betrug 2004 59,9 Mio. Euro.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Das BZgA hat seinem Aufgabenschwerpunkt im Bereich der gesundheitlichen Aufklärung. Qualitätssicherung und Innovation, Prävention und Gesundheitsförderung, Ge-

sundheitsziele und Selbsthilfe stehen im Vordergrund. Derzeit findet die Evaluation und Qualitätssicherung der Kampagnen „Gib AIDS keine Chance“, „Suchtprävention“ und der Jugendkampagne „rauchfrei“ statt. Diese drei Kampagnen werden jährlich mit ca. 1,1 Mio. Euro gefördert. Der Gesamtansatz für die BZgA beträgt im Haushaltsjahr 2004 11,8 Mio. Euro.

Paul-Ehrlich-Institut (PEI)

Im PEI gibt es derzeit fünf Forschungsschwerpunkte für die Laufzeit 03/2003 bis 03/2005:

- Im Rahmen des Programms „Sicherheit biologischer und biotechnologischer Arzneimittel“ werden die Schwerpunkte Nachweis von Kontaminationen in biologischen Arzneimitteln, Verfahren zur Inaktivierung und Entfernung von Viren, bakterielle Sicherheit von Blutkomponenten, Identifizierung und Wirkmechanismen neuer Pyrogene, Sicherheit und Qualität von aus Plasma oder rekombinant hergestellten therapeutischen Proteinpräparaten, Sicherheit und Qualität von therapeutischen zellulären Präparaten verfolgt. Es stehen 1,9 Mio. Euro zur Verfügung.
- Das Programm „Neue Prüfmethode“ setzt Schwerpunkte bei der Entwicklung von Ersatzmethoden zum Tierversuch; Entwicklung von Referenzpräparaten und internationalen Standards, Validierung neuer Prüfmethode, In vitro Standardisierung der biologischen Aktivität von Allergenen in Extrakten. 1,1 Mio. Euro stehen für das Programm zur Verfügung.
- Mit dem Programm „Pathogenese bei Prionenerkrankungen und Virusinfektionen“ werden vorrangig Forschungsvorhaben zur peripheren Prionenreplikation und Pathogenese sowie virale Infektionen durchgeführt. 2,9 Mio. Euro stehen für dieses Programm zur Verfügung.
- Das Programm „Viraler Gentransfer und Zelltherapie“ verfolgt die Schwerpunkte retrovirale Vektoren, Tumorthherapie, Tumorimmunologie, Wechselwirkungen zwischen humanen kultivierten Lungentumorzellen und der Blutgerinnung, Signalwege bei der Differenzierung von humanen Stammzellen. Die Finanzausstattung für das Programm beträgt 1,2 Mio. Euro.
- Im Programm „Immunbiologie von Allergenen“ stehen für Schwerpunkt zum Zusammenhang zwischen Struktur und Allergenität von Lebensmittel- und Inhalationsallergenen, Anwendungspotenzial rekombinanter Allergene, prädiktive und therapeutische Allergiemodelle 1,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Die genannten Finanzmittel von ca. 8,3 Mio. Euro mit einem Drittmittelanteil von mehr als 50 Prozent beziehen sich auf die unmittelbaren Ausgaben des PEI für die Realisierung der zweijährigen Forschungsprogramme, der Institutshaushalt für das Haushaltsjahr 2004 beläuft sich auf 38,7 Mio. Euro. Alle Programme werden jährlich durch die AG Forschung des PEI und den Wissenschaftlichen Beirat evaluiert.

Robert Koch Institut (RKI)

Das RKI erarbeitet zurzeit ein Forschungsprogramm in Abstimmung mit dem Forschungsrat und dem Wissenschaftlichen Beirat. Als Schwerpunkte des Programms sind das Erkennen, Verhüten und Bekämpfen von Infektionskrankheiten, Forschung zu ausgewählten, nicht übertragbaren Krankheiten und deren Risiken sowie neue Risiken für die Gesundheit vorgesehen. Hierbei handelt es sich um ein kontinuierliches Programm, das einer Kontrolle durch den RKI Forschungsrat (intern) und den Wissenschaftlichen Beirat (extern) unterzogen wird. Für die Realisierung der Forschungsvorhaben des RKI stehen im Jahr 2004 ca. 42 Mio. Euro (ohne Drittmittel) zur Verfügung.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ist gesetzlich verpflichtet, ein Forschungsprogramm aufzustellen (§ 6 Abs. 2 Nr. 3 BerBiFG). Die Berufsbildungsforschung wird nach dem durch den Hauptausschuss des BiBB zu beschließenden Forschungsprogramm durchgeführt. Das Forschungsprogramm bedarf der Genehmigung des zuständigen Bundesministers (BMBF); die wesentlichen Ergebnisse der Berufsbildungsforschung sind zu veröffentlichen (§ 6 Abs. 3 BerBiFG). Neben der eigenständigen Forschung bearbeitet das BiBB Forschungsaufgaben von Dritten, insbesondere von der Bundesregierung. Beispiele für aus der Bundesregierung (hier BMBF und BMWA) angeregte bzw. angeforderte Ressortforschung des BiBB sind die Evaluierung zur Umsetzung neuer oder modernisierter Berufsbilder (Rechtsverordnungen der Bundesregierung) für die derzeit 350 staatlich anerkannten Ausbildungsberufe des Dualen Systems sowie die Forschungsarbeiten und wissenschaftlichen Dienstleistungen zur Vorbereitung des jährlichen „Berufsbildungsberichts der Bundesregierung“. Das BiBB hatte im Jahr 2004 eine Finanzausstattung von 28,628 Mio. Euro (Soll). Nach einer aktuellen Auswertung aus dem Jahr 2004 beträgt der Anteil der Berufsbildungsforschung an sämtlichen, dem Aufgabenspektrum zugeordneten Leistungen des BiBB 23 Prozent. Davon entfallen rund 12 Prozent auf jene Forschungsarbeiten, die im Auftrag Dritter durchgeführt werden.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) wird eine Jahresplanung für Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungsvorhaben erstellt, die dem Kuratorium des DIE vorab zur Entscheidung vorgelegt wird. Die Zusammensetzung des Kuratoriums (vertreten sind u. a. BMZ; AA; BMWA; MUNLV-NRW; EU, OECD, KfW, GTZ; Gewerkschaftsbund; Zentralverband des deutschen Handwerks) gewährleistet, dass unterschiedliche Gesichtspunkte bei der Entscheidung der Jahresplanung berücksichtigt werden. Zusätzlich wird das DIE insbesondere vom BMZ auch mit Beratungsaufgaben beauftragt.

Forschungs- und Beratungsschwerpunkte des DIE sind: Neue Anforderungen an eine wirksamere Entwicklungspolitik, Sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse, Governance und Entwicklung, Weltprobleme und Global Governance. Im Jahr 2004 stehen dem DIE 3,4 Mio. Euro zur Verfügung.

Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL)

Die Forderung des Deutschen Bundestags, ein Forschungsprogramm zu erstellen, ist im Bereich der Ressortforschung des BMVEL bereits seit geraumer Zeit weitgehend umgesetzt. Alle Forschungseinrichtungen des BMVEL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), für Ernährung und Lebensmittel (BFEL), für Forst- und Holzwirtschaft (BFH), für Fischerei (BFAFi), Bundesanstalt für Züchtungsforschung (BAZ), Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA), Friedrich-Löffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit (FLI) sowie das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), haben ein Forschungsprogramm erstellt, das darüber Aufschluss gibt, welche Themen die jeweiligen Einrichtungen in den kommenden Jahren mit welchem Ressourceneinsatz (Einsatz an Wissenschaftler/innenjahren) bearbeiten. Die mit BMVEL nach den Regeln des Forschungsmanagementkonzepts des Ministeriums abgestimmten Forschungsprogramme der Einrichtungen werden in der Forschungsprogrammdatenbank (FPD) erfasst. Hier sind zu jeder Forschungsaktivität u. a. Titel, Ziel und Beschreibung, ggf. Ergebnisse, Laufzeit, Einsatz an wissenschaftlichem Personal sowie Bezüge zu den Hauptzielen und Hauptaufgaben des Forschungsplans des BMVEL dokumentiert. Den Bundesforschungsanstalten stehen im Jahr 2004 insgesamt 208 Mio. Euro und 2 885,9 Planstellen/Stellen (Soll 2004) zur Verfügung. Über weitere 46,3 Mio. Euro und 516,8 Planstellen/Stellen verfügt im Jahr 2004 das Bundesinstitut für Risikobewertung, das in begrenztem Umfang auch Forschungsaufgaben wahrnimmt.

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW)

Alle Ressortforschungseinrichtungen des BMVBW erstellen jährliche Forschungsprogramme über die von ihnen an Dritte zu vergebende Forschungsprojekte. Über diese Einzelprogramme erstellt das BMVBW im Rahmen seiner Ressortforschungsplanung jährlich eine Gesamtübersicht, die dem Deutschen Bundestag für Zwecke der Haushaltsaufstellung frühzeitig vorgelegt wird. Darüber hinaus erarbeiten der Deutsche Wetterdienst (DWD), die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG), die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW), das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) sowie die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) jährlich Programmbudgets. Die Programmbudgets dienen neben dem Nachweis der entsprechenden Aktivitäten und ihrem jeweiligen Status insbesondere der Planung der hierfür notwendigen Ressourcen und der Transparenz im jeweiligen Ressortbereich sowie zwischen den Ressorts. Das Bundesamt für

Bauwesen und Raumordnung (BBR) erstellt gemäß Erziehungserlass des BMVBW regelmäßig ein Jahresarbeitsprogramm, das die vorgesehenen Arbeitsschwerpunkte und die hierfür einzusetzenden Personalressourcen ausweist. Sowohl die einzelnen Forschungsprogramme über die an Dritte zu vergebenden Projekte, wie auch die Programmbudgets und Jahresarbeitsprogramme unterstützen in ihren unterschiedlichen fachlichen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen die aktuelle Politik der Bundesregierung. Sie tragen wesentlich dazu bei, zielorientiert und wirtschaftlich zu arbeiten.

Die Höhe der in den jeweiligen Bundeseinrichtungen für Zwecke der Ressortforschung bereitgestellten Finanzmittel hängt wesentlich von der Definition des Begriffs Ressortforschung ab. Legt man einen engen Ressortforschungsbegriff zugrunde, dann ergeben sich für die Einrichtungen des BMVBW mit eigenen Forschungsanteilen folgende Finanzbeträge für das Jahr 2004: DWD 20,8 Mio. Euro, BfG 1,44 Mio. Euro, BAW 2,6 Mio. Euro, BSH 4,8 Mio. Euro (hierin enthalten 2,8 Mio. Euro Kostenerstattung an das Institut für Ostseeforschung, Warnemünde), BAST 29,7 Mio. Euro, BBR 21 Mio. Euro.

Anlage 1



GESCHÄFTSSTELLE
Köln, 17.12.2004/mo

Fragen

**an das Ressort XXXX und die
Ressortforschungseinrichtungen
in seinem Geschäftsbereich:**

- **Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa**
- **Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit**

zur Vorbereitung einer Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Ressortforschung des Bundes.

Im folgendem werden Ministerium und die jeweiligen Ressortforschungseinrichtungen um Übermittlung von Basisinformationen und die Beantwortung von Fragen gebeten. Die Fragen an das Ministerium bzw. die jeweilige Einrichtung sind entsprechend ausgewiesen.

(Es wird gebeten, der Geschäftsstelle die Unterlagen zu den einzelnen Einrichtungen jeweils in dreifacher Ausfertigung sowie in elektronischer Form (stucke@wissenschaftsrat.de) zu übermitteln. Die Übersichten 1-6 erhalten die Einrichtungen als Excel-Dateien auf Diskette. Senden Sie uns diese bitte ausgefüllt zurück).

A) Basisdaten und -informationen (Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben)

1. Organigramm
2. Satzung (falls vorhanden)/ gesetzlicher Auftrag/ Arbeits-/ Dienstanweisung/ Erlass
3. Arbeitsprogramm/ aktueller Jahresbericht
4. Wirtschaftsplan (neuestes Jahr)
5. Übersicht Planstellen, drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse und Doktoranden (Soll 2005) entsprechend Musterübersichten 1 und 2)
6. Kennzahlen zum wissenschaftlichen Personal, das in der Forschung arbeitet (Stichtag 31.12.2004): Altersdurchschnitt, Dauer der Zugehörigkeit zur Einrichtung, Geschlecht, Fachrichtung des Hochschulabschlusses entsprechend Musterübersicht 3
7. Übersicht der Publikationen /Patente/ Schutzrechtsanmeldungen der Jahre 2002-2004 der Mitarbeiter der Einrichtung entsprechend Musterübersicht 4
8. Anfragen/Bitten um Informationen bzw. Stellungnahmen, die die Einrichtung in den Jahren 2002-2004 aus der Politik bzw. aus dem betreffenden Ressort erhielt; Zu welchen Anteilen (in %) handelte es sich um a) kurzfristige Anfragen (Bearbeitung bis zu wenigen Tagen), komplexere Stellungnahmen (Bearbeitungsdauer

noch Anlage 1

mehrere Wochen) oder größere Projekte (ab 3 Monaten)? Nennen Sie typische Beispiele für solche Anfragen.

9. Eingeworbene Drittmittel der Jahre 2002-2004 entsprechend der Musterübersicht 5
10. Liste der seit 2002 abgeschlossenen Promotions- und Habilitationsarbeiten (bzw. Berufungen auf eine Juniorprofessur) der wissenschaftlichen Mitarbeiter
11. Übersicht der nationalen und internationalen Konferenzen, die die Einrichtung zwischen 2002 und 2004 veranstaltet hat, bzw. zu der Wissenschaftler der Einrichtung eingeladen waren (nur internationale)
12. Liste der bisher durchgeführten gemeinsamen Berufungen von leitenden Wissenschaftlern mit einer Hochschule
13. Liste der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats und/oder anderer wissenschaftlicher Begleitgremien mit kurzer Beschreibung der Aufgaben und Arbeitsweisen des Gremiums. Wie werden die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats ausgewählt und für welche Amtszeit werden sie berufen? Nachrichtlich: Mitgliedslisten, Aufgaben und Arbeitsweisen aller relevanten Gremien (z.B. Kuratorium, Aufsichtsrat)

A1) Basisdaten und -informationen (Ministerium)

14. Ausgaben für extramurale Forschung im Zuständigkeitsbereich der Einrichtung: Projektförderung 2002-2004 nach Empfängergruppen entsprechend Musterübersicht 6

B) Ergänzende Fragen

1. Welche Aufgaben ergeben sich aus dem gesetzlichen Auftrag für die Ressortforschungseinrichtung (a) als Hauptarbeitsrichtungen und (b) als zusätzliche wichtige Arbeitsfelder? **(Ministerium und Einrichtung)**
2. Haben sich die Arbeitsrichtungen in den letzten 5 Jahren verändert? Wie wird die künftige Entwicklung des Arbeitsfeldes eingeschätzt? **(Ministerium und Einrichtung)**
3. Schätzen Sie bitte für die Einrichtung den quantitativen Anteil (in %) der folgenden Leistungsbereiche bezogen auf das Gesamtspektrum der Tätigkeiten des wissenschaftlichen Personals: (a) eigene Forschung, (b) Beschaffung von wissenschaftlichen und wissenschaftsbasierten Informationen für die Politik/ das betreffende Ressort, (c) Wahrnehmung von Überwachungs-, Prüf-, Kontroll-, und Untersuchungsaufgaben, die der Einrichtung auf der Grundlage von Gesetzen und Verordnungen zugewiesen sind (Hoheitliche Aufgaben) und (d) Bereitstellung von Dienstleistungen für das Ressort, Dritte und die Öffentlichkeit, e) Ausbildung **(Einrichtung)**
4. Zu welchem Anteil (geschätzt in %) richtet sich die eigene Forschungstätigkeit der Einrichtung nach den gegenwärtigen Politikberatungs-, Dienstleistungs-, bzw. Prüf- und Kontrollaufgaben; gibt es darüber hinaus eigene Forschung, und wenn

noch Anlage 1

- ja, zu welchem Anteil (geschätzt in %), die im Vorlauf auf mögliche zukünftige Bedarfe erfolgt? **(Einrichtung)**
5. An welchen anderen Stellen national wie international wird das Arbeitsfeld der Einrichtung bearbeitet und wie bewertet die Einrichtung vergleichend ihre Positionierung? Nennen Sie die drei wichtigsten Einrichtungen. **(Einrichtung)**
 6. Nach welchen Verfahren und Kriterien entscheidet das Ministerium darüber, ob es seine Fragestellungen entweder durch die Bundesforschungseinrichtung oder aber extramural durch andere Einrichtungen bearbeiten lässt? Gibt es eine abteilungsübergreifende Abstimmung im Ministerium über diese Frage? Handelt es sich in der Regel um eine Entscheidung, die durch die Leitung des Ministeriums oder die Fachreferate veranlasst wird? **(Ministerium)**
 7. Wie werden (neue) Themen und Schwerpunkte für die Arbeit der Einrichtung definiert? Inwieweit gibt das Ministerium Themen und Aufgaben vor? Wie wird der Forschungsplan erarbeitet? Ist die politische Ebene des Ministeriums in die Themenfindung involviert, wenn ja, in welcher Weise? **(Ministerium und Einrichtung)**
 8. Gibt es gemeinsame Berufungen mit Hochschulen, wenn nein, warum nicht? Existieren rechtliche Hindernisse, wenn ja, welche? Wie gestaltet sich das Verfahren bei der Berufung der Institutsleitung bzw. neuer Abteilungsleiter? **(Ministerium)**
 9. Wie sichern das Ministerium bzw. die Einrichtung selbst bisher die Qualität der Forschung, der Beratung und übrigen Dienstleistungen? Gibt es eine(n) Forschungsbeauftragte(n)? Wenn ja, was genau ist deren/dessen Aufgabe? **(Ministerium bzw. Einrichtung)**
 10. Gibt es (a) eine Kostenträgerrechnung mit Leistungsreports, (b) eine leistungsbezogene Mittelverteilung durch das Ministerium bzw. (c) eine leistungsbezogene Mittelzuteilung innerhalb der Einrichtung? Wenn ja, schildern Sie bitte die Verfahren der Mittelzuteilung. Gibt es einen Globalhaushalt bzw. Vorstufen eines Globalhaushalts? Wenn nein, warum nicht? **(Ministerium bzw. Einrichtung)**
 11. Wie stellt die Einrichtung ihre Aufgaben und Ergebnisse der wissenschaftlichen und breiteren Öffentlichkeit vor? **(Einrichtung)**
 12. In welcher Weise ist die Einrichtung auf internationaler/europäischer Ebene vernetzt? Nennen Sie bitte die wichtigsten Kooperationspartner. Ist in diesem Bereich eine Verstärkung des Engagements sinnvoll und geplant, wenn ja, in welcher Weise? **(Einrichtung)**

noch Anlage 1

13. In welchem Umfang (Anzahl der kooperierenden Einrichtungen) arbeitet die Bundesforschungseinrichtung im Rahmen und außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben zusammen mit:

- (a) Hochschulen (Lehre/ Forschung, gemeinsame Infrastrukturnutzung usw.),
- (b) Außeruniversitären Forschungseinrichtungen, darunter:
 - MPG
 - FhG
 - WGL
 - HGF
 - andere Ressortforschungseinrichtungen
 - Sonstige Einrichtungen
- (c) Einrichtungen der Industrie,
- (d) Fachverbänden, Interessenverbänden und anderen Organisationen (zur Vermittlung der Forschungsergebnisse in die Praxis)?
- (e) Sonstige Einrichtungen

Nennen Sie bitte jeweils die Einrichtungen, mit denen die Bundesforschungseinrichtung aktuell zusammenarbeitet. **(Einrichtung)**

14. Wie und woher rekrutieren die Einrichtungen ihren wissenschaftlichen Nachwuchs? Gibt es bevorzugte Institutionen, nennen Sie bitte die wichtigsten. **(Einrichtung)**

15. Sind die Strukturen (Organisation, Personal, Finanzierung...) geeignet, kurzfristig aktuelle Fragestellungen aufzugreifen, die ein erhebliches Maß an Kapazitäten binden? Wo liegt Optimierungsbedarf? **(Ministerium und Einrichtung)**

noch Anlage 1

Übersicht 1Stellenplan der Einrichtung
(ohne Drittmittel)

Stellenbezeichnung	Wertigkeit der Stellen (Besoldungs- / Vergütungs-/ Lohngruppe)	Zahl der Stellen insgesamt (Soll)	davon tatsächlich besetzt (IST)
Stellen für wissenschaftliches Personal			
Zwischensumme			
Stellen für nichtwissenschaftliches Personal			
Zwischensumme			
I n s g e s a m t			

Nachrichtlich:Wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen (Personenzahl),
die aus Drittmitteln finanziert werden:Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter/innen (Personenzahl),
die aus Drittmitteln finanziert werden:Mitarbeiter/-innen der Einrichtung insgesamt
(einschließlich Drittmittel-Personal):

noch Anlage 1

Übersicht 3

Dauer der Zugehörigkeit, Altersstruktur, Geschlecht und Fachrichtung
des wissenschaftlichen Personals in der Einrichtung

Stand:

Zugehörigkeit	Anzahl	
	männlich	weiblich
20 Jahre und mehr		
15 bis unter 20 Jahre		
10 bis unter 15 Jahre		
5 bis unter 10 Jahre		
unter 5 Jahre		

Stand:

Alter	Anzahl	
	männlich	weiblich
60 Jahre und älter		
50 bis unter 60 Jahre		
40 bis unter 50 Jahre		
30 bis unter 40 Jahre		
unter 30 Jahre		

Stand:

Geschlecht	Anzahl
männlich	
weiblich	

Stand:

Fachrichtung des Hochschulabschlusses (häufigste Abschlüsse)	Anzahl	
	männlich	weiblich
Fachrichtung 1		
Fachrichtung 2		
Fachrichtung 3		
Fachrichtung x		
Sonstige		

noch Anlage 1

Übersicht 4

Veröffentlichungen, Patente/Schutzrechtsanmeldungen der Mitarbeiter/innen der Einrichtung nach Abteilungen

Stand:

Veröffentlichungsform	Abteilung				Abteilung				Abteilung				Summe pro Jahr	Insgesamt				
	'02	'03	'04	...	'02	'03	'04	...	'02	'03	'04	...			'02	'03	'04	
Monographien																		
Beiträge zu Sammelwerken (im Fremdverlag)																		
Aufsätze																		
in referierten Zeitschriften																		
davon: an denen zwei und mehr Autoren beteiligt sind																		
in nichtreferierten Zeitschriften																		
Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag																		
Interne Stellungnahmen/Politikpapiere																		
Zwischensumme Printveröffentlichungen																		
Patente/Schutzrechtsanmeldungen																		
Vorträge																		
Insgesamt																		

noch Anlage 1

Übersicht 5

Von der Einrichtung in den Jahren 2002 bis 2004 eingeworbene
Drittmittel nach Drittmittelgebern

Abteilung/Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in T€ (gerundet)			Summe
		2002	2003	2004	
	DFG				
	Bund				
	Land/Länder				
	EU				
	Wirtschaft				
	Stiftungen				
	Sonstige				
Summe					
	DFG				
	Bund				
	Land/Länder				
	EU				
	Wirtschaft				
	Stiftungen				
	Sonstige				
Summe					
	DFG				
	Bund				
	Land/Länder				
	EU				
	Wirtschaft				
	Stiftungen				
	Sonstige				
Summe					
	DFG				
	Bund				
	Land/Länder				
	EU				
	Wirtschaft				
	Stiftungen				
	Sonstige				
Summe					
Institut insgesamt	DFG				
	Bund				
	Land/Länder				
	EU				
	Wirtschaft				
	Stiftungen				
	Sonstige				
Insgesamt					

noch Anlage 1

Übersicht 6

Extramurale Projektförderung des Ministeriums
Im Themenbereich der Einrichtung
2002-2004 nach Zuwendungsempfängern (Auftragsforschung)

Zuwendungsempfänger	Zuwendungen in T€ (gerundet)			Summe
	2002	2003	2004	
Universitäten				
Fachhochschulen				
MPG				
FhG				
WGL				
HGF				
andere Ressortforschungs- einrichtungen				
private Forschungseinrichtungen				
Wirtschaft				
Sonstige				

Extramurale Projektförderung des Ministeriums
Im Themenbereich der Einrichtung
2002-2004 nach Zuwendungsempfängern (Antragsforschung)

Zuwendungsempfänger	Zuwendungen in T€ (gerundet)			Summe
	2002	2003	2004	
Universitäten				
Fachhochschulen				
MPG				
FhG				
WGL				
HGF				
andere Ressortforschungs- einrichtungen				
private Forschungseinrichtungen				
Wirtschaft				
Sonstige				

Anlage 2

Mitglieder des Ausschusses Ressortforschung

Prof. Dr. Dr. Stock, Vorsitz

Mitglied des Wissenschaftsrats, Mitglied des Vorstandes der Schering AG Vorsitz

Prof. Dr. Balling,

Wissenschaftlicher Direktor der GBF

Frau Prof. Dr. Barlösius,

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Stephan Bieri,

EMPA Schweiz

Prof. Dr. Ing. Bornkessel,

Fachhochschule Jena, Mitglied des Wissenschaftsrats, Fachbereich Feinwerktechnik

Frau Prof. Dr. Donhauser,

Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied des Wissenschaftsrats, Institut für Deutsche Sprache und Linguistik

Prof. Dr. Engemann,

Bergische Universität Wuppertal, Forschungszentrum für Mikrostrukturtechnik

Prof. Dr. Hailbronner,

Universität Konstanz, Mitglied des Wissenschaftsrats, Fachbereich Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Herbert,

Universität Freiburg, Mitglied des Wissenschaftsrats, Historisches Seminar

Prof. Dr. Hüttl,

Technische Universität Cottbus, Mitglied des Wissenschaftsrats, Lehrstuhl für Bodenschutz und Rekultivierung

Frau Prof. Jockusch,

Technische Universität Braunschweig, Zoologisches Institut – Zellbiologie

Frau Ministerialrätin Klempt,

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, Rheinland-Pfalz

Ministerialdirigent Dr. Knorr,

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg

Prof. Dr. Meuer,

Institut für Immunologie

Ministerialrat Schacker,

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Frau Prof. Dr. Schmitt-Landsiedel,

Technische Universität München, Lehrstuhl für Technische Elektronik

Ministerialrat Dr. Schroeder,

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

noch Anlage 2

Gruppenleiter RAng Schultheis,

Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Frau Ministerialdirigentin Steiner-Hoffmann,

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Wegener,

Universität Dortmund, Lehrstuhl Informatik II

Dr. Walter,

Mitglied des Wissenschaftsrats, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Prof. Dr. Zachariasse,

Direktor des Agricultural Economics Research Institute, Niederlande

Anlage 3

**Evaluation der Ressortforschung des Bundes
- zeitlicher Ablauf -**

Juli 2004	Einsetzung eines Ausschusses Ressortforschung durch den Wissenschaftsrat
24. September 2004	Informationsveranstaltung mit den Bundesressorts
13. Oktober 2004	Konstituierende Sitzung des Ausschusses Ressortforschung; Verabschiedung des Verfahrens. Entwicklung eines Arbeitsprogramms (terms of reference); Einleitung einer systematischen Bestandsaufnahme der Ressortforschung des Bundes; Auswahl der Einzelevaluationen.
Ab Januar 2005*	<i>Einleitung und Vorbereitung der Einzelevaluationen der grundfinanzierten Institute des BMVg (FGAN, ITP, IITB)</i>
7. Februar 2005	2. Sitzung des Ausschusses Ressortforschung; Vorbereitung der 13 Einzelevaluationen.
März-Juni 2005	Einleitung von 5-7 Einzelevaluationen (Fragebögen, Anschreiben der Institute, Auswertung der Materialien etc.); erste Begehungen durch Arbeitsgruppen des Ausschusses im Juni/Juli 2005.
Juli 2005	3. Sitzung des Ausschusses Ressortforschung. U.a. Diskussion des Entwurfs eines Zwischenberichts zur Ressortforschung (für Haushaltsausschuss BT), Übersendung an den Haushaltsausschuss im August 2005.
September-Dezember 2005	Einleitung weiterer 6-7 Einzelevaluationen/ Begehung von 5-6 Ressortforschungseinrichtungen durch Unterarbeitsgruppen des Ausschusses Ressortforschung; <i>Begehung von drei Teilinstituten der FGAN (BMVg)</i>
Januar – März 2006	Begehungen von 4-5 Ressortforschungseinrichtungen des Bundes; <i>Begehungen weiterer vom BMVg mitfinanzierter Institute (ITP, IITB.)</i>
März 2006	4. Sitzung des Ausschusses Ressortforschung. Diskussion erster Einzelbegutachtungen. Konzipierung einer übergreifenden Stellungnahme. <i>Vorbereitung einer wissenschaftspolitischen Stellungnahme zu den Instituten des BMVg.</i>
Juli 2006	5. Sitzung Ausschuss Ressortforschung: Erarbeitung einer übergreifenden Stellungnahme zur Ressortforschung auf der Grundlage der Einzelbegutachtungen (1) <i>Ggf. Vorlage Evaluationen BMVg im Wissenschaftsrat; alternativ November 2006 (einschl. Strukturempfehlungen zu alternativen Trägermodellen).</i>
Oktober 2006	6. Sitzung Ausschuss Ressortforschung. Fortsetzung: Erarbeitung einer übergreifenden Stellungnahme zur Ressortforschung des Bundes auf der Grundlage der Einzelbegutachtungen (2)
November 2006	Vorlage der Gesamtempfehlungen Ressortforschung im Wissenschaftsrat

* abhängig von Verfügbarkeit der Sondermittel des BMVg